Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 72 (1994)
Heft: 4

Buchbesprechung: Bücherwelt
Autor: Kerr, Katharina / Schmuckli, Lisa / Bonanomi, Simone Gretler

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Verrat der Kriegs-Schweiz an den Juden

Jacques Picard: Die Schweiz und die Juden. Schweizerischer Antisemitismus, jüdische Abwehr und internationale Migrations-und Flüchtlingspolitik. Chronos Verlag Zürich. 559 Seiten, Fr. 69.–.

Lange Zeit über den zweiten Weltkrieg hinaus ist es der offiziellen Schweiz gelungen, den Vorwurf des Antisemitismus in ihrer Politik während der Nazi-Zeit zurückzuweisen. Zumindest was die „Politik nach innen" betraf, blieb diese Legende erstaunlicherweise noch erhalten, selbst nachdem der vom Departement Feldmann bestellte „Ludwig-Bericht" über die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 im Jahr 1957 veröffentlicht war: der Basler Strafrechtler und Politiker Carl Ludwig listete hier minuziös die traurigen Fakten der Schweizer Flüchtlingspolitik auf und, was ebenfalls sein Auftrag war, beurteilte diese unter dem Aspekt der politischen und staatsrechtlichen Opportunität. Wer den Ludwig-Bericht nicht las, das waren die meisten, las vielleicht den „Beobachter", der ab 1954 die Rolle der Eidgenössischen Fremdenpolizei und ihres Chefs Rothmund (auch die des Schweizer Botschafters in Berlin, Frölicher) bei der 1938 verfügten Grenzsperre gegen Juden und der Einführung des J-Stempels durch die Deutschen in jüdischen Pässen – letztere die einzige von einem nicht-deutschen Land gegen Juden beantragte Massnahme – anprangerte. Oder man las ab 1967 Alfred A. Häslers Flüchtlings-Report „Das Boot ist voll" –: alles Demontagen des schönen Bilds der humanitären Schweiz im Krieg. Heute nun beginnen sich die Behörden – spät und langsam – von dieser Politik zu distanzieren, nach vielen Aufklärungsanläufen von Historikern und linken Politikern, so zum Beispiel im Fall des Polizeihauptmanns Grüninger. Wie aber sah es im Land drin aus, wie, in welcher Sicherheit oder Unsicherheit und mit welchen Auflagen belastet lebten die Schweizer Jüdinnen und Juden, Bürgerinnen und Niedergelassene? Waren sie nicht als „Schweizerbürger" BürgerInnen zweiter Klasse? Wurden Schweizerinnen, die ausländische Juden heirateten, ebenso deportiert und gefährdet wie nichtschweizerische Jüdinnen? Was tat die Schweiz für jüdische Auslandschweizer? Wie stand es mit der Wiedereinbürgerung, auch von Christinnen, die mit Juden verheiratet waren, im Krieg und nach dem Krieg? Wie frauenfeindlich, wie kulturfeindlich waren die schweizerischen fremdenpolizeilichen Massnahmen? Wer bezahlte die Schweizer Flüchtlingshilfe?

Jacques Picards umfangreiches, sorgfältig und äusserst detailreich recherchiertes Werk geht auf diese Fragen ein. Man liest hier, wie nur auf Abwehr bedacht und unter kalter Preisgabe von sonst gültigen humanitären Regeln die Schweizer Behörden handelten, wie sie sich die Flüchtlingshilfe von den Juden bezahlen liessen, alles weit über das verständliche Mass hinaus, das von der speziellen eingeschlossenen Lage der Schweiz her gegeben und nötig war. Das Buch des Berner Historikers ist nicht das erste zum Thema, aber das erste in dieser Ausführlichkeit. Es ist auch das erste Buch, das die politischen und persönlichen Konstellationen in Politik und Verwaltung und in den jüdischen Organisationen so detailreich diskutiert und das damit auch der Frage nach Macht und Ohn-

macht, nach Druckversuchen und Ausweichstrategien nicht aus dem Weg geht. Was erreichte z.B. die „Niedrigprofil"-Politik eines Saly Mayer, wo konnten jüdische Bürger eingreifen, wo mussten sie sich fügen (und mitschuldig werden)? Diese Fragen sind nicht selbstverständlich. So wie es ein Schweigen der Überlebenden des Judenmords gab, gab und gibt es ein Schweigen der Verschonten. Und natürlich gibt es das Schweigen der Täter. Es gibt auch das Verschweigen und Verdrängen der verschiedenen, notgedrungen nicht immer rühmlichen Überlebenstaktiken, ein Verdrängen der in der Schweiz erlebten Demütigungen, vor den Nachgeborenen wie vor sich selbst. Indem Jacques Picard diese Geschehnisse im innerschweizerischen, innerjüdischen, internationalen Kontext auflistet und einkreist, enthebt er sie dem Peinlichen und der Tabuzone und macht sie im wahren Sinne anschaulich. Das ist **auch** eines der grossen Verdienste dieses Buches, dessen Rezeption das besprochene Thema sozusagen fortschreibt: neben den verschiedenen Zeitungsbesprechungen, unter denen einzelne ein Staunen über das Ausmass des Berichteten nicht verbergen, ist die Aufnahme des Buches bei jüdischen LeserInnen von historischem und psychologischem Belang, die Erleichterung ist gross. Das liegt auch an der Methode des Autors, der Fakten nicht anklägerisch, aber kritisch und spitz präsentiert, in aller Deutlichkeit und unter Einbezug aller erreichbaren Details.

Mich hat im weiteren interessiert, welches der Ansatz war: warum hat er das Buch, eine Summa (es ist aber nur eine Dissertation), geschrieben? War es seine Absicht, **die** Geschichte der Juden in dieser Unzeit für die Schweiz festzuhalten? Picard hat auch hier einfach Kreise erweitert. Ausgehend von der Frage, welches der Beitrag der Juden zum schweizerischen Leben, zu Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Politik war, kam der Autor zur Frage, wie gross dieser Beitrag **hätte sein können,** hätte man Flüchtlinge, aber auch Schweizer JüdInnen nicht aus dem Land gejagt und geekelt. Und warum tat man das? Neben der politischen und psychologischen stellte sich hier die staatspolitische Frage: Wie geht ein Land, das aus Minderheiten religiöser und sprachlicher Art zusammengesetzt ist, mit einer weiteren (aber eben: als fremd empfundenen) Minderheit um? Meinen die Schweizer wirklich: „Wir sind das, was die Fremden nicht sind"? – Die Frage beschäftigt mich seit meinem Gespräch mit dem Autor, das am Tag vor der Abstimmung zum Antirassismus-Artikel stattfand, noch mehr als sonst.

Berthold Rothschild sagt dazu: „Das Grossbürgertum war zwar auch immer eine solche Minderheit – aber es hat einen Schutz – die Macht" („Antisemitismus als Lackmus-Probe", Tages-Anzeiger Zürich, 30.8.94). Rothschild hat vergessen zu sagen: das **nichtjüdische** Grossbürgertum. Denn die zentrale jüdische Erfahrung, wie sie auch das Buch von Picard belegt, ist die der Ungeschütztheit.

Katharina Kerr

Olympe auf dem Boden

Olympe, feministische Arbeitshefte zur Politik, erscheint max. 2mal jährlich, Abopreis: 32.–; zu beziehen bei: Elisabeth Joris, Gemeindestr. 62, 8032 Zürich

Seit diesem Sommer gibt es in der feministischen Presse eine neue Zeitschrift, die sich 'Olympe' nennt und sich selbst, so der Untertitel, als 'feministische Arbeitshefte zur Politik' versteht. Hinter diesem gewagten Projekt stehen die in der Schweizer Politlandschaft und Öffentlichkeit nicht unbekannten Feministinnen Elisabeth Joris, Brigitta Klaas Meilier, Anni Lanz, Mascha Madörin, Christine Schwyn, Silvia Staub-Bernasconi, Marina Widmer und Susanna Wiederkehr. Die Zusammensetzung dieser Produktionsgruppe verspricht, dass auch künftige Olympes von interdisziplinärem Erkenntnisinteresse, hohem Niveau und griffigem Politverständnis zeugen werden.

Olympe versteht sich bewusst doppeldeutig: Einerseits bezieht sie sich auf die historische Frauengestalt Olympe de Gouge, die 1791 eine Frauenrechtserklärung als Gegenentwurf zur Deklaration der allgemeinen Menschenrechte veröffentlichte und selbst erfahren musste, dass frau zwar das Schaffott – Olympe de Gouge wurde 1793 wegen Volksverrat und -verhetzung hingerichtet –, nicht jedoch die politische Rednertribüne betreten darf. Anderseits wollen die Macherinnen von Olympe die Politik vom sakral-ehernen Himmel des Olymps in den Alltag herab- und hineinholen.

Absicht von Olympe ist es, nicht einfach die Sicht der Frauen zu den traditionellen Polit-Themen hinzuzufügen, sondern eigene Themen zu lancieren und den strukturellen (und symbolischen) Geschlechterdifferenz-Ansatz in laufende Debatten einzubringen. Zugleich will sie auch ein Forum für verschiedenste Standpunkte und Auseinandersetzungen unter Frauen bieten. Vielfalt und anregende Auseinandersetzungen sind angesagt!

Im ersten Arbeitsheft geht es um die Problematik von Menschen- und Frauenrechten. Im ersten einleitenden Teil wird historisch die Diskussion während der Französischen Revolution (Irene von Hartz) und ihre Aktualität in der sich formierenden Schweizer Frauenbewegung (Elisabeth Joris) dargestellt und verortet. Im zweiten Teil wird ein Raum eröffnet, in dem die eigentliche Frauenrechtsdebatte stattfinden kann: Die Begriffe 'Freiheit' (Sidonia Blättler/Irene Maria Marti) und 'Frauenrechte' (Susanne Bertschi, Susanne Baer, Christine Schraner/Mascha Madörin) werden diskutiert; Frauenrechte im Kontext von Migration (Anni Lanz, Fatoumata Sow) kritisch beleuchtet; und schliesslich werden Frauenrechte an pragmatischen Themen wie Sozialarbeit (Silvia Staub-Bernasconi), Schwangerschaftsabbruch (Elisabeth Joris, Barbara Fischer, Ina Praetorius) und an der Bevölkerungspolitik (Barbara Thurnher/Gruppe Antigena) überprüft. Im dritten Teil schliesslich kommen Frauen aus der aktuellen ausserparlamentarisch-feministischen Politik mit Kommentaren zu Wort. Bücherbesprechungen und Hinweise auf Tagungen runden das 'Heft' mit knapp 150 Seiten ab.

Angesichts der profunden Kenntnisse der Autorinnen des Schwerpunktes und der klaren, gut lesbaren Darstellungen der Thematik bedauerte ich bei fast allen Texten, dass sie nicht länger waren und ihre Möglichkeiten des vertieften Vermittelns nicht ausschöpften. Als interessant, originell und äusserst lohnenswert erweisen sich die politischen Kommentare, die nicht nur zur individuellen Meinungsbildung beitragen, sondern auch ein Reservoir von Anregungen und Argumente für politische Gruppierungen bilden. Leider fehlt bei

allen Autorinnen eine Anschrift oder Adresse, um direkt Kontakt aufnehmen und die Diskussionen bilateral weiterführen zu können.
Diese neue Olympe wurde bereits als feministischer **Widerspruch** oder aber als schweizerische Variante der **beiträge zur feministischen theorie und praxis** gefeiert. Trotz der verständlichen und geteilten Euphorie bleibt bei mir eine Frage offen: Angesichts der Tatsache, dass in der Schweiz mindestens drei feministisch-politische und nicht wenig bekannte Zeitschriften existieren – nämlich die Frauen-Ziitig FraZ, das Rote Heft und die Emanzipation –, die zudem allesamt kommerziell den Durchbruch (noch) nicht geschafft haben und somit mit unbezahlter Freiwilligenarbeit hergestellt werden[1] und um einen ähnlichen Leserinnenkreis buhlen, überrascht es mich, dass es zu keiner wie auch immer ausgehandelten Zusammenarbeit mit einer bereits existierenden Publikation gekommen ist. Diese Beobachtung zielt auf die verborgene oder verdrängte Frage nach einem Projekt der gemeinsamen Vernetzungen und personellen Verflechtungen der vielfältigen feministischen Szene der Schweiz, um ökonomische, zeitliche, inhaltliche und persönliche Ressourcen sinnvoll und schonend nutzen zu können. Ich will mich nicht entscheiden müssen, welches Abo unter den feministischen Zeitschriften ich mir noch leisten kann. Und ich will noch weniger, dass eines dieser tollen Projekte angesichts mangelnder Finanzen wieder eingeht. Solange also brauchen Frauen neue Finanzquellen!
Die nächste Nummer wird Anfang Januar unter dem Titel 'Wirtschaftspolitik – Konflikte um Definitionsmacht' erscheinen.

[1] Vgl. Ludi, Regula/Rychner, Marianne: Lesen für den Feminismus, in: Rote Revue 4/1993, 29-34.

Lisa Schmuckli

Mädchenbildung

Linda Mantovani Vögeli (1994): Fremdbestimmt zur Eigenständigkeit; Mädchenbildung gestern und heute. Chur/Zürich: Verlag Rüegger. Fr. 38.–.

Informativ und leicht lesbar habe sie ihr Buch gestalten wollen, sagt Linda Mantovani Vögeli, Autorin des Überblicks zur (schulischen) Mädchenbildung «Fremdbestimmt zur Eigenständigkeit»; dies ist ihr ganz und gar gelungen. Das Buch richtet sich «an Lehrerinnen und Lehrer, an interessierte Mütter und Väter, an Bildungsverantwortliche und Schulbehörden», überhaupt an alle Personen, welche sich mit der Realität (gestern und heute) der Mädchen im Bildungsbereich in der Schweiz auseinandersetzen wollen. «Fremdbestimmt zur Eigenständigkeit» gliedert sich in drei Teile: Die theoretische Einführung erläutert vor allem die Herausbildung der – bis heute wirkenden – «Geschlechtscharaktere» in der bürgerlichen Gesellschaft; der zweite Teil gibt einen Überblick über die Geschichte der Mädchenbildung, und der dritte Teil thematisiert die aktuelle Bildungsrealität der Mädchen in der deutschen Schweiz.
Bewusst ausgelassen hat die Verfasserin die Frauengeschichte der Lehrerinnen, welche den Rahmen des vorliegenden Buches gesprengt hätte[1]; zusätzlich jedoch zur Perspektive der Lernenden zeigt Linda

[1] Ich kann nicht umhin, zu diesem Punkt das Buch «Freundschaft über sieben Jahrzehnte; Rundbriefe deutscher Lehrerinnen 1899–1968. Herausgegeben von H. Jansen, Fischer Taschenbuch Verlag, Reihe «Die Frau in der Gesellschaft 1991» allerwärmstens zu empfehlen.

Mantovani Vögeli, selber auf dem zweiten Bildungsweg zur Pädagogin ausgebildet und heute Leiterin des Gleichstellungsbüros der Stadt Zürich, die Bedeutung von Pionierinnen in der schweizerischen Bildungsgeschichte auf.
Kennen Sie zum Beispiel Elisabeth Weissenbach? 1857 vom Erziehungsdirektor des Kantons Aargau zur ersten weiblichen Oberlehrerin berufen, baute sie den weiblichen Handarbeitsunterricht zu einem eigenständigen Lehrfach aus (vorher war es üblich, dass die Mädchen von zu Hause mitgebrachte Flickarbeiten während der üblichen Schulstunden ausführten). Elisabeth Weissenbach legte den Grundstein zur Ausbildung der Handarbeitslehrerinnen; bis 1918 wurde ihr Lehrbuch immer wieder neu aufgelegt. Ihre Reform-Bildungskurse waren in anderen Kantonen und auch im Ausland gefragt. An der Weltausstellung in Wien 1873 war der Kanton Aargau mit einer umfassenden Darstellung von Aufbau und Funktionieren der Mädchenarbeitsschule vertreten und wurde dafür von der internationalen Jury mit einem Ehrendiplom ausgezeichnet. Trotzdem wartete Elisabeth Weissenbach, welche das Schulungskonzept erschaffen und die ganze Ausstellung organisiert hatte, jahrelang auf eine Bezahlung ihrer Arbeit – die Rechnung von Fr. 472.35 für Arbeitsmaterial dagegen wurde umgehend beglichen.
Die zweite grosse Stärke des Buches sind die konkreten und im Unterricht direkt umsetzbaren Empfehlungen zum Abbau der täglichen Diskriminierungen von Mädchen in Bereichen wie Gestaltung der Lehrmittel, Formen der Didaktik, Unterrichtssprache, Lerninhalte oder Interaktion zwischen und unter SchülerInnen und LehrerInnen.
Ein bisschen ärgerlich sind die vielen Druckfehler. Es ist mir auch nicht ganz klar geworden, wo sich Linda Mantovani Vögeli auf die ganze Schweiz bezieht und wo sie sich auf die deutsche Schweiz beschränkt und welches jeweils die Gründe dafür sind. Ausserdem hätte ich von der Autorin gerne mehr erfahren über ihre Einschätzung des antidiskriminatorischen Veränderungspotentials der Institution Schule – vielleicht auf Kosten der vielen „Diskriminierungszahlen", die auch anderswo zu finden sind.

Simone Gretler Bonanomi

Menschenrechte und Multikulturalität

Johannes Hoffmann (Hrsg.): Universale Menschenrechte im Widerspruch der Kulturen. Verlag für interkulturelle Kommunikation. Frankfurt a.M. 1994. 326 Seiten. DM 36.–.

Die linkskatholische Vereinigung „Theologie Interkulturell" am Fachbereich Katholische Theologie der Universität Frankfurt hat im November 1991 zum zweiten Mal ein Symposium unter der übergreifenden Problemstellung „Das eine Menschenrecht für alle und die vielen Lebensformen" durchgeführt. Der vorliegende Sammelband dokumentiert die meisten Referate dieser Veranstaltung, ergänzt um einige zusätzliche Arbeiten sowie Einleitungen und Zusammenfassungen der VeranstalterInnen.
Falls man diesen Band an den Erwartungen misst, welche die Überschriften der einzelnen Kapitel wecken, wird man mit hoher Wahrscheinlichkeit enttäuscht werden. Auf der Verpackungsebene des Inhaltsverzeichnisses werden eine ganze Reihe von aktuellen populären Fragen aufge-

griffen. Zum Beispiel: Sind die Menschenrechte eher als „Instrumente der Unterdrückung fremder Kulturen" oder aber als „Instrumente der Befreiung in Situationen kultureller Unterdrückung" zu betrachten? Der Sammelband verspricht, die kulturrelativistische Infragestellung der Menschenrechte aus verschiedenen Perspektiven zu diskutieren.

Das Konzept des Ganzen ist gut nachvollziehbar: Am Anfang steht der philosophische Grundlagenstreit und daran schliesst sich die Konkretisierung einzelner Aspekte dieser Auseinandersetzung anhand von Fallstudien. Doch die Umsetzung lässt einiges zu wünschen übrig: Wo die Studien konkret werden, fehlt der Rückbezug zur übergeordneten Fragestellung der Universalität der Menschenrechte; die anderen Beiträge hingegen bleiben seltsam abstrakt und auf eine dilettantische Weise philosophisch. Wohlgemerkt, dies gilt nicht für die beiden Beiträge des „Eröffnungs"-Teils über „Universalität und Relativität der Menschenrechte". Denn sowohl Urs Marti wie auch Gertrud Nunner-Winkler haben es verstanden – wenn auch auf völlig unterschiedliche Weise –, Einblicke in das philosophische Feld der Auseinandersetzung zu geben.

Dem Berner Philosophen Urs Marti war offensichtlich im Gesamtplan der Veranstaltung die Rolle zugedacht, Michel Foucault als einen Vertreter des zeitgenössischen Relativismus bzw. als einen Kritiker der Menschenrechtsidee vorzustellen. Marti hat jedoch als vorzüglicher Kenner des französischen Poststrukturalismus im allgemeinen und des Werks von Foucault im besonderen diese Rollenvorgabe durchkreuzt, indem er klar aufzeigt, dass man mit Schubladisierungen wie „Foucault = Relativist" nicht weit kommt.

Marti demonstriert zuerst am Beispiel von Lévi-Strauss die Dialektik von humanistischem Universalismus und dem daran anknüpfenden Kulturrelativismus, um dann bei Foucault – etwas vereinfacht gesagt – eine dazu gegenläufige Denkbewegung auszumachen: von der theoretischen Kritik am Humanismus zur praktischen Widerstands-Ethik im Sinne eines „defensiven Universalismus". Dabei betont er zu Recht, dass Foucault weder seine Lehre von den Epistèmes auf einer interkulturellen Ebene reflektiert noch seine verstreuten Maximen zur Widerstands-Ethik theoretisch begründet hat. Der Widerstand gegen Unterwerfung bedarf laut Foucault gar keiner Begründung. Marti geht konsequent einen Schritt über Foucault hinaus, wenn er zu bedenken gibt, dass die von Foucault beabsichtigte Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit der Individuen den herrschenden Mächten gegenüber eine praktische Perspektive bietet, welche das Leben in allen soziokulturellen Kontexten betrifft und insofern als eine universale Handlungsstrategie aufzufassen ist.

Foucault selbst hatte die Fixierung der Individuen auf ihnen zugeschriebene Identitäten im europäischen Kontext als Machtstrategie analysiert. Nun pflegen aber ausgerechnet die Veranstalter des Symposiums einen Diskurs, der sich strikte „gegen die postkoloniale Überfremdung kultureller Identitäten" richtet. Zwar wird vor einer Verabsolutierung der kulturellen Identität gewarnt; doch gleichzeitig wird letztere als eine zu bejahende Gegebenheit unterstellt. Das vorgebliche „Recht auf kulturelle Identität" wird gar in den Kreis der wenigen privilegierten „harten", das heisst kulturell nicht deklinierbaren Menschenrechte befördert. Damit ist auch schon die grösste Unterlassungssünde im theologischen Denkgefüge angesprochen, nämlich das Fehlen einer Reflexion des eigenen Kultur-Diskurses. Es wird durchgehend ein Kulturbegriff als selbstverständlich unterstellt, der am Mythos der autonomen kollektiven Ganzheit orientiert ist. Es ist keine besonders günstige Voraussetzung für eine Diskussion, wenn sie auf einem Phantasma aufbaut, das dann von niemandem mehr explizit in Frage gestellt wird.

Letzteres trifft auch auf Gertrud Nunner-Winkler zu, die sich am Rande ihres Beitrags zustimmend mit Phrasen wie dem „Dialog zwischen den Kulturen" behilft. Doch ihr Hauptanliegen besteht darin, einen „qualifizierten Universalismus" zu begründen, indem sie nämlich einen „Kernbestand universeller moralischer Normen" von der weiten „Grauzone...kulturspezifischer moralischer Normen" abgrenzen möchte. Einmal abgesehen davon, dass die Autorin die falsche Unterstellung macht, universelle moralische Regeln seien „empirisch nachweislich", unternimmt sie den Versuch, eine interkulturelle Gültigkeit wenigstens von gewissen „negativen Pflichten" bzw. von Geboten, welche „die direkte Schädigung anderer zu unterlassen gebieten", theoretisch plausibel zu machen. Mit dem Instrumentarium der analytischen Ethik gelangt sie zu ebenso differenzierten wie mageren Resultaten, wie zum Beispiel der Behauptung, die universelle Gültigkeit negativer Pflichten, „die sich aus universellen anthropologischen Gegebenheiten ableiten lassen", sei unbestreitbar; die Anwendung dieser Prinzipien auf konkrete Situationen sei aber individuell und kulturell variabel.

Das Ignorieren des Umstands, dass moralische Subjekte immer in komplexe Machtfelder integriert sind, war seit jeher der blinde Fleck dieser Art von Moralanalytik. So kommt Nunner-Winkler auch in der Anwendung der moralphilosophischen Grundlagen auf die Frage der Menschenrechte nur zu einem abstrakten Ergebnis: Sie postuliert ein universelles „Recht auf physische Unversehrtheit und auf Nicht-Beschneidung ihrer [der Menschen] Freiheiten und Möglichkeiten", wobei sie „z.B. Vorschriften, die die Frauen ans Haus binden" ohne Federlesens jenem Bereich kultureller Konventionen zuordnet, welche die Freiheiten und Möglichkeiten der Menschen **nicht** wesentlich beeinträchtigen. Ein Beispiel mehr, wie sich Willkür und Blindheit unter dem Deckmantel systematischen Denkens einschleichen können. Es ist nur ein schwacher Trost, dass sich die Autorin am Schluss dazu durchringen kann, die „indische Tradition der Witwenverbrennung" und ähnlich krasse kulturelle Spezialitäten argumentativ eindeutig als nicht-menschenrechtskonform auszuweisen.

Im übrigen enthält der Band eine Reihe weiterer bemerkenswerter Artikel, etwa des thailändischen buddhistischen Intellektuellen Sulak Sivaraska oder des indischen katholischen Theologen Felix Wilfred. Ohne mir hier ein Urteil im einzelnen anmassen zu wollen, dokumentiert der Band als Ganzes doch eher das multikulturelle Nebeneinander-Vorbeireden als einen Fortschritt im interkulturellen Dialog. Um von einem solchen sprechen zu können, müsste erst einmal eine überschaubare Problemformulierung in den Mittelpunkt gestellt werden, an der sich dann eine produktive interkulturelle Diskussion entzünden könnte. Eine stärkere Beachtung des kommunikativen Settings wäre für die Organisation künftiger ähnlicher Veranstaltungen unerlässlich, falls man auf der Ebene der Dokumentation zu einem weniger beliebigen Resultat gelangen wollte.

Alex Sutter

Diskurs und Wirklichkeit

Ursula Lischke, Heinz Rögl: Multikulturalität. Diskurs und Wirklichkeit. Institut für Kulturstudien (IKUS), Wien 1993. 263 S.

In diesem Buch findet sich oftmals Getrenntes zusammengefügt: Einblicke in die aktuelle theoretische Diskussion über Migration und Rassismus wie auch über die interkulturelle Erziehung, länderspezifische Berichte zur Ausländer- und Asylpolitik, Dokumentationsteil über Gesetzesgrundlagen und ausländerpolitische Initiativen. Geographische Brennpunkte sind Deutschland und Österreich. Im Eingangskapitel gibt Heinz Rögl eine knappe, gut lesbare Einführung in die aktuelle sozialwissenschaftliche Diskussion von Grundkonzepten wie Multikulturalität, Ethnisierung, Nationalismus und Rassismus. Zu Recht wird den sich mehrenden kritischen Stimmen gegen die Kulturalisierung von strukturellen Problemen ein wichtiger Platz eingeräumt.

Die von Ursula Lischke verfasste Bestandesaufnahme zur Lage in der BRD beginnt mit einem längeren Abschnitt über die Analyse der Xenophobie, inklusive dem beachtlichen Versuch einer Dekonstruktion „kultureller Identität". In einem instruktiven Abschnitt wird die berüchtigte Asylrechtsdebatte von 1992/93 dokumentiert. Insbesondere finden sich die Positionen der einzelnen Parteien nachgezeichnet; im Anhang sind ausserdem die neuen gesetzlichen Bestimmungen des Ausländer- und des Asylrechts angeführt.

Der zweite länderspezifische Teil ist ein mit Bedacht gewählter Exkurs über die Lage in Portugal, einem Randland der EG mit einer völlig anderen Geschichte, das zudem im Rufe steht, seine vielen EinwandererInnen aus den ehemaligen afrikanischen Kolonien mehr oder weniger problemlos integriert zu haben. Doch Hanna Krause entziffert das Gerücht als Ausdruck eines von der portugiesischen Staatsbürokratie weiterhin gepflegten beschönigenden Mythos aus der Kolonialzeit: des sogenannten „Luso-Tropicalismo", einer Ideologie, die bereits ab 1940 vom portugiesischen Diktator Salazar gefördert wurde. Hinter dieser Fassade eines amtlich installierten verbalen Antirassismus steht das düstere Schicksal Hunderttausender schwarzer EinwandererInnen, deren Existenz vom Staat schlicht ignoriert wird, – mit allen Konsequenzen miserabler Lebensbedingungen. Krause ist es gelungen, auf der Basis präziser historischer und aktueller Recherchen gängige Mythen über das „sanfte Portugal" auf eine spannende Weise auseinanderzufädeln.

Schliesslich erhalten wir im abschliessenden Teil Einblicke in spezifisch östereichische Verhältnisse, was die Behandlung von Flüchtlingen und anderen ausländischen InländerInnen angeht. Viele der Diskussionen und Entwicklungen ähneln den schweizerischen Phänomenen, wenn sie auch bisweilen in einem etwas andern Bürokraten-Slang wie zum Beispiel der „Schubhaft" gefasst werden.

Der letzte Abschnitt dieses Teils handelt von den Konzepten im Bereich von Bildung und Schule, was allerdings bereits am Schluss des BRD-Kapitels recht ausführlich thematisiert wurde. Es wäre nützlich gewesen, beides in einem ländervergleichenden Abschnitt zur interkulturellen Erziehung zusammenzuziehen. Auch sonst ist das Buch nicht frei von Überschneidungen und teilweise etwas ärgerlichen Wiederholungen. Hier hätte eine sorgfältigere Schlussredaktion ohne grossen Aufwand Abhilfe schaffen können. Doch das sind Details in Anbetracht der Stärken dieses Werkes: Dass es nämlich sowohl über aktuelle politische Vorgänge

in den beiden Nachbarländern Deutschland und Österreich informiert, wie auch diese Vorgänge kritisch kommentiert und mit der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung in Beziehung setzt, ohne sich um die Gärtchen der SpezialistInnen zu kümmern. Mit dieser Verknüpfungsarbeit ist es dem Wiener „Institut für Kulturstudien" gelungen, die unübersichtliche Situation etwas überblickbarer zu machen.

Alex Sutter

Die Grundlagen der schweizerischen Agrarpolitik

Werner Baumann: Bauernstand und Bürgerblock. Ernst Laur und der Schweizerische Bauernverband 1897-1918. Zürich 1993. 430 Seiten. Fr. 68.–

Die Basis der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der heutigen Schweiz wurde in der Zeit zwischen 1880 und 1914 gelegt. In diesen dreieinhalb Jahrzehnten entstanden auch alle wichtigen Parteien und Verbände, die das politische Geschehen in der Schweiz im 20. Jahrhundert nachhaltig prägen sollten. Erich Gruner hat deshalb seine grossangelegte Untersuchung über SP und Gewerkschaften auf diesen Zeitraum beschränkt. Dasselbe hat jetzt der Agrarhistoriker Werner Baumann bei seiner Geschichte des Schweizerischen Bauernverbandes getan. In den 1880er Jahren entstanden die landwirtschaftlichen Vereine, die Genossenschaftsverbände und die Bauernbünde, aus denen heraus sich 1897 der Bauernverband bildete. Unter der Führung von Ernst Laur wurde er zu einem mächtigen Wirtschaftsverband, der die eidgenössische Wirtschaftspolitik – nicht nur die Landwirtschaftspolitik! – wesentlich mitbeeinflusste. Baumann legt dazu eine sehr materialreiche Untersuchung vor und zeigt im Detail, wie fast alle Themen, die heute in der Landwirtschaftsdiskussion zur Sprache kommen, auch damals schon virulent waren. Nicht erst das Gatt bedroht die Existenz der schweizerischen Bauern: auch vor hundert Jahren schon weckte der Aufschwung des Welthandels Existenzängste im Bauernstand. Laur sah die Rettung in einer Vorwärtsstrategie. Er war ein Modernist, der die Rationalisierung und Intensivierung der Landwirtschaft aber durchaus mit einer konservativen bis reaktionären Ideologie in Einklang bringen konnte. Die bäuerliche Ideologie verschleierte die Tatsache, dass auch die Landwirtschaft den Gesetzen des kapitalistischen Wachstums und der Ressourcenverschleuderung unterworfen war. Baumann zerreisst den Schleier und macht deutlich, wie sich gerade in der Landwirtschaft die Problematik des auf Raubbau beruhenden Fortschrittsmodells in konzentrierter Form zeigt.

Tobias Kästli